Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

247 (21.10.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 247 — **Freitag den 21. Oktober 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der Reichsverkehrsminister beglückwünschte den Luftschiffbau zum eben vollendeten Südamerikaflug, wobei das Luftschiff insgesamt 500 000 Kilometer Flugleistung erreichte.

*

Reichsbankpräsident Dr. Luther sprach in Hamburg über aktuelle Wirtschaftsprobleme.

*

Im „Völkischen Beobachter" veröffentlicht Hitler eine Antwort auf die Münchener Rede des Reichskanzlers.

*

Im Ministerrat erstattete Herriot Bericht über die außenpolitischen Verhandlungen. Der Ministerrat billigte den Budgetvoranschlag für 1933.

*

Die englischen Kirchenführer wurden am Donnerstag vom Ministerpräsidenten Macdonald und Außenminister Simon empfangen, denen sie ihre Ansichten zur Abrüstungsfrage vortrugen und für Gleichberechtigung Deutschlands eintraten.

*

Der französische Ministerrat befaßte sich am Donnerstag mit Haushaltsfragen, u. a. mit Einsparungen und Steuerreformen.

*

Gegen den früheren polnischen Generalkonsul in Stockholm, Torsten Kreuger, einen Bruder Ivar Kreugers, ist Haftbefehl wegen Konkursbetruges erlassen worden.

*

Im österreichischen Nationalrat richtete der sozialdemokratische Bürgermeister Seitz schärfste Angriffe gegen die Regierung und die Justiz, denen sich die Regierungsmitglieder durch Verlassen des Sitzungssaals entzogen.

Der Reichsverkehrsminister beglückwünscht den Luftschiffbau Zeppelin

Berlin, 20. Okt. Der Reichsverkehrsminister hat an den Luftschiffbau zur Rückkehr des „Graf Zeppelin" ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt:

Das Luftschiff Graf Zeppelin hat mit der Zurücklegung des 500 000. Kilometers eine in der Welt einzig dastehende Leistung vollbracht. Ich spreche bei dieser Gelegenheit dem kampferprobten Führer des Luftschiffes, Herrn Dr. Eckener, dem bewährten Konstrukteur, Herrn Oberingenieur Dr. Dürr sowie der gesamten Besatzung des Schiffes und den Mitarbeitern des Luftschiffbaues Zeppelin, deren restloser Hingabe allein diese Leistung zu verdanken ist meine herzlichsten Glückwünsche aus und verbinde mit ihnen die besten Wünsche für weitere glückliche Fahrten des Schiffes und das Gedeihen des Luftschiffbaues Zeppelin.

Einsturzunglück in St. Margarethen

St. Margarethen (Kanton St. Gallen), 20. Okt. Infolge Ueberlastung des Dachbodens durch Einlagerung von Futtermitteln stürzte Donnerstag nachmittag die Decke eines Lagerhauses der „Kühlhaus-AG." ein. Zahlreiche Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Bis zum Abend waren 9 Tote und eine Anzahl Verletzter geborgen.

Bisher 11 Tote und 40 Verletzte in St. Margarethen.

T.U. **Basel,** 20. Okt. Die Zahl der Todesopfer bei dem Einsturzunglück in St. Margarethen hat sich auf 11 erhöht. Bei den Toten handelt es sich durchweg um Arbeiterinnen, Mädchen und Frauen. Unter den Trümmern sollen noch zwei bis drei Menschen liegen. Verletzt sind etwa 40 Arbeiterinnen, davon einige sehr schwer. Das ganze zweistöckige Mittelschiff des zum Platzhaus von St. Margarethen gehörigen Getreidespeichers ist eingestürzt. Im ersten Stockwerk befinden sich Rupfräume für Geflügel, wo etwa 80 Frauen und Mädchen arbeiteten. Nach der Mittagspause beobachtete man über den Rupfräumen ein gefährliches Knistern und Knacken. Fünf Minuten vor 14 Uhr stürzte das ganze Dach mit samt den großen Getreidemengen herunter und begrub etwa 50 Arbeiterinnen unter sich. Die Alarmglocken riefen alle erreichbaren Hilfskräfte zusammen. Es begann nun ein emsiges Suchen, sowie das Abtragen der Trümmer.

Die Koburger Hochzeit

Koburg, 20. Okt. Die Hochzeit des Prinzen Gustav Adolf von Schweden und der Prinzessin Sybille von Sachsen-Koburg-Gotha hatte einen starken Fremdenzufluß nach Koburg gebracht. Stunden vor der Auffahrt der fürstlichen Gäste waren die Bürgersteige dicht von Menschen besetzt. Schüler und Vereine bildeten Spalier. Die Trauung fand in der Hauptkirche St. Moritz statt. Schloßpfarrer Schanze, der frühere Erzieher der Prinzessin Sybille, hielt die Traupredigt. Während Dekan Weiß die Trauung vollzog, wurde draußen ein Salut von 21 Schüssen abgefeuert. Beim Auszug aus der Kirche ertönte Glockengeläute. Berittene Landespolizei setzte sich als Ehreneskorte an die Spitze des Zuges. Der Zug begab sich auf die Veste Koburg. Nach der Galatafel trat das junge Paar die Hochzeitsreise nach dem Süden an.

Klepper-Untersuchungsausschuß

Berlin, 20. Okt. Der Klepper-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages vernahm den gegenwärtigen Präsidenten der Preußenkasse, Dr **Helfferich,** zu der Mittelhergabe für die „Kölnische Volkszeitung". Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Helfferich der Auffassung sei, daß das von seinem Amtsvorgänger, dem Präsidenten Klepper, getätigte Geschäft mit der „Kölnischen Volkszeitung" in den Rahmen der Befugnisse der Preußenkasse fällt, erwiderte er: Nein, es fällt nicht darunter. (Bewegung.) Der Vorsitzende bringt dann zur Sprache, daß Klepper als Präsident der Preußenkasse im Jahre 1928 ein Gehalt von rund 75 347 RM. und in den Jahren 1929/1931 ein Gehalt von je 75 000 RM. erhalten habe, wobei seit Beginn von 1929 noch eine jährliche Vergütung von je 25 000 RM. hinzugetreten sei für Kleppers Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Genossenschafts-, Revisions- und Treuhand G.m.b.H. Das Gehalt sei dann seit 1931 um 20 Prozent gekürzt worden. Die Frage des Vorsitzenden, ob während seiner Amtszeit als Präsident der Preußenkasse von staatlicher Seite an ihn herangetreten worden sei, um Preußenkassenmittel zur Finanzierung von Zeitungen zu verwenden, verneint der Zeuge. Es folgte eine Erörterung des jetzigen Wertes des von der Preußenkasse finanzierten Aktienpakets der Kölnischen Volkszeitung. Präsident Helfferich sagt dazu, dieser Wert hänge wesentlich davon ab, daß die Preußenkasse sich weiterhin auf den Poolvertrag stützte, weil sie ja nur ein Minderheitspaket besitze. Auf jeden Fall müsse die Preußenkasse nach dem Vertrag ihr Aktienpaket an Zentrumsmänner verkaufen. Auch bei der „Germania" handle es sich um Namensaktien, die nur mit Zustimmung der „Germania" veräußert werden könnten. Als ein Zentrumsmitglied zur Sprache brachte, daß die Preußenkasse jetzt auf das Reich übergehen und Preußen dann sein Kapital verlieren würde, sagte Präsident Helfferich, er sei nicht befugt, über die schwebenden Verhandlungen Auskunft zu geben, könne aber sagen, daß der preußische Staat sehr stark beteiligt bleiben werde. Nach seiner Kenntnis werde die Transaktion durch Reichsgesetz erfolgen. Wenn Herr Klepper gesagt habe, der Geschäftsumfang der Preußenkasse werde durch freies Ermessen des Präsidenten bestimmt, so könne er, Helfferich, dieser Auffassung nicht folgen.

Im weiteren Verlauf wurde Redakteur Loewy vom Handelsdienst des WTB vernommen, der aber über angebliche Subventionierungen der landwirtschaftlichen Wochenschau nichts wußte. Der Schriftleiter dieser Wochenschau selbst, Melzer, erklärte, er halte es für unmöglich, daß sein Verlag je einen Pfennig Subventionen erhalten habe. Auf eine Frage des deutschnationalen Abgeordneten Steuer, ob man etwa von Seiten der Preußenkasse früher an ihn herangetreten sei, erwiderte der Zeuge: **Das einzige Bestechungsangebot, das mir je in meinem Leben gemacht worden ist, hat mir Herr Klepper gemacht.**

Der Antrag auf sofortige Vernehmung Kleppers wurde mit 13 Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien abgelehnt.

Nach Schluß der Vernehmungen über die Angelegenheit „Kölnische Volkszeitung" beschloß der Ausschuß gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, seine Arbeiten erst nach den Reichstagswahlen wieder aufzunehmen. Mit großer Mehrheit wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, dann auch den Reichswehrminister von Schleicher darüber zu vernehmen, ob Zeitungen Reichsgelder erhalten.

*

Keine Subventionen des Reichswehrministeriums an Zeitungen

Berlin, 20. Okt. Zu den Aeußerungen des kommunistischen Abgeordneten Rau im Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages über angebliche Subventionszahlungen des Reichswehrministeriums an Zeitungen, erklärt das Reichswehrministerium, daß aus Mitteln dieses Ministeriums keinerlei Unterstützungen an Zeitungen gezahlt worden sind bezw. gezahlt werden, auch nicht an die Tägliche Rundschau und die Berliner Börsenzeitung.

Aus dem Wahlkampf

Dr. Brüning in der Kölner Rheinlandhalle

Köln, 20. Okt. In der bis auf den letzten Platz besetzten Rheinlandhalle sprach der frühere Reichskanzler Dr. Brüning. Der Redner setzte sich für eine „vernünftige" Verfassungsreform ein und übte scharfe Kritik an der letzten Rundfunkrede des Reichskanzlers. Dr. Brüning besprach dann die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben. Müsse er auch manches in den Maßnahmen der Reichsregierung anerkennen, so sei doch vor allem eins zu fordern: Klarheit über die Abdeckung des Fehlbetrages bei Reich, Ländern und Gemeinden, denn davon hänge letzten Endes der Glaube an die Stabilität der deutschen Währung ab.

*

Der Wahlfeldzug Adolf Hitlers

Oppeln, 20. Okt. Adolf Hitler sprach am Mittwoch abend in Oppeln. Auch hier beantwortete er zugleich die Frage, warum er am 13. August abgelehnt habe und bezeichnete weiter das Elend der Wirtschaft als eine Folge des politischen Zerfalls. In Gleiwitz sprachen zwei Parallelversammlungen der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Strasser, der scharfe Kritik an der Regierung, insbesondere deren Wirtschaftsprogramm, übte. Er entwickelte dann das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm und betonte, daß mit 5 Milliarden RM. das gesamte Arbeitslosenproblem in fünf Jahren zum Wohle des Volkes gelöst werden könne.

Dr. Luther über aktuelle Wirtschaftsprobleme

Hamburg, 20. Okt. Reichsbankpräsident Dr. Luther hielt im Ueberseeklub Hamburg eine Rede über aktuelle Wirtschaftsprobleme. Er ging in seiner Ansprache von dem Wirtschaftsprogramm der Regierung aus und erklärte, was vor einem halben Jahr und auch vor Lausanne ein schwerer Fehler gewesen wäre, sei heute Gebot der Stunde. Der große **Schrumpfungsvorgang** habe, wie in der ganzen Welt, so auch in Deutschland in der Hauptsache **aufgehört.** Das Ausmaß des deutschen Aufbauplanes sei nicht beliebig gegriffen, sondern ihm lägen bestimmte wirtschaftliche Betrachtungen der Reichsregierung mit zahlenmäßigen Schlußfolgerungen zugrunde, die auch als finanziell und kreditmäßig vertretbar erachtet werden. Der Vorbereitung des Aufschwungs würde am besten gedient werden, wenn die wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Kräfte sich in der Unterstützung des Regierungsprogrammes zusammenfänden. Das Programm könne, wie überhaupt jedes Programm, nicht mit einem Schlag umstürzende Wirkungen auslösen. Das **Wirtschaftsleben** brauche zu seiner Erholung **Ruhe** und abermals Ruhe; dazu gehöre aber, daß auch das Gefühl gewährter Rechtssicherheit wieder anwachse. Vertrauen könne nur auf dem Boden der Rechtssicherheit gedeihen. In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die Frage der **Zinssenkung** ein und betonte, daß der niedrige Zins, der zur Festigung der deutschen Wirtschaft nötig sei, in dieser Richtung nur wirksam würde, wenn die Zinssenkung auf dem natürlichen Wege steigender Geldangebote im Geld- und Kapitalmarkt komme. Dr. Luther wandte sich gegen die Behauptung, daß die Reichsbank unter ausländischem Einfluß stehe und kein Instrument der Nationalwirtschaft sei. „Wie das ganze deutsche Volk wissen sollte", so erklärte er dazu, „gibt es einen ausländischen Einfluß in der Reichsbank seit dem Frühjahr 1930 nicht mehr." Der Gedanke einer allgemeinen und möglichst lückenlosen Autarkie, sei heute so gut wie aufgegeben. Die Reichsbank habe sich der Pflege des landwirtschaftlichen Kredites in besonders starkem Maße angenommen. Zu den **Kontingentsfragen** übergehend, sagte Dr. Luther, daß die Gesamtlage, in der die jetzigen Erörterungen dieser Materie entstanden seien, nicht etwa durch Deutschland, sondern **durch die handelspolitischen Maßnahmen des Auslandes hervorgerufen** worden sei. Grundsätzlich sei zu sagen, daß das deutsche Volk parallel mit der Industrialisierung zu seiner jetzigen Einwohnerzahl angewachsen sei. Die deutschen industriellen Anlagen seien größtenteils auf die Produktion von Ausfuhrartikeln eingerichtet, die der Binnenmarkt nicht oder keinesfalls in der gleichen Menge gebrauchen könne. Für die praktisch übersehbare Zukunft müsse damit gerechnet werden, daß weiteres **Absinken der Ausfuhr** neue Erwerbslosigkeit und neue Entwertung deutschen Volksvermögens bedeute. Der Markt für ausländische und für inländische Erzeugnisse hänge so innig zusammen, daß man nicht einen Teil zerstören könne, ohne den anderen mit zu zerstören.

Der Redner ging dann auf die Frage eines staatlich geleiteten **Außenhandelsmonopols** ein. Der Export von Rohstoffländern könne wohl durch ein derartiges Institut bewältigt werden, aber nicht der Export vielgestaltiger Qualitätsware. Die Frage, ob es überhaupt möglich sei, von der **Privatwirtschaft** loszukommen, beantwortete der Redner dahingehend, daß das höchstens für eine Gesamtplanung theoretisch vorstellbar sei, wie sie das russische System unternehme. Man könnte eben nicht anstelle der naturgewachsenen, verwickelten deutschen Verhältnisse ein theoretisches Erzeugnis menschlichen Verstandes setzen.

Dr. Luther wandte sich dann gegen den Vorwurf, daß Deutschland in der Nachkriegszeit **zu viel Auslandsmittel** für den Aufwand an öffentlichen Gebäuden oder dergleichen getrieben habe. Von **Stillhalteabkommen** und Devisenordnungen müßte Deutschland, betonte Dr. Luther, sobald als möglich freikommen. Der Wunsch nach Konsolidierung der kurzfristigen **Kredite** sei von deutscher Seite stets ausgesprochen worden. Neben der Erleichterung des freien Warenverkehrs liege hier die größte Aufgabe für die Weltwirtschaftskonferenz. Das Ausland habe nie an dem Willen der Reichsbank zweifeln können, den ausländischen Schuldendienst aufrecht zu erhalten. Das bisherige Verfahren könne aber nur solange beibehalten werden, als Ueberschüsse aus dem Waren- und Leistungsverkehr mit dem Auslande die notwendigen Devisen lieferten.

Weiter ging der Reichsbankpräsident auf die Anhäufungen von Gold und auf die eingefrorenen Forderungen und auf Probleme der Kreditwirtschaft ein. Zum Schluß kam der Redner auf die Frage der **Reichsreform** zu sprechen. Die Reichsreform werde Deutschland nicht nur krisenfester machen, sondern auch dazu mithelfen, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit Brot und Freiheit hat.

Einigung mit Dänemark und Finnland über die Buttereinfuhr

T.U. **Berlin,** 20. Okt. Die in Berlin zwischen Dänemark, Finnland und Deutschland geführten Besprechungen über die Neuregelung der Buttereinfuhr nach Deutschland haben zu einer Verständigung geführt.

Deutschland wird künftig Butter bis zu einer Gesamtmenge von 55 000 Tonnen im Kalenderjahr zur Einfuhr zulassen. Dieses Kontingent wird auf die in Betracht kommenden Länder nach ihrem prozentualen Anteil an der gesamten deutschen Buttereinfuhr im Durchschnitt der Jahre 1929/31 verteilt. Mit Finnland ist für Butter ein einheitlicher Zollsatz von 75 RM. vereinbart worden, der den meistbegünstigten Ländern zusteht. Es ist in Aussicht genommen, diese Regelung von 15. November ds. Js. an in Kraft zu setzen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Politisches Rededuell

Ein Redekampf zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten

Berlin, 20. Okt. Die deutschnationale Wahlversammlung in der Hasenheide, wo Dr. Goebbels Gelegenheit gegeben wurde, mit dem Abg. Steuer und anderen deutschnationalen Rednern zu diskutieren, mußte schon eine Stunde vor Beginn polizeilich geschlossen werden. Stadtrat Steinhoff eröffnete die Versammlung. Es sprach dann zunächst der Abgeordnete **Schmitt-Hannover** (Dntl.). Die Deutschnationalen kämpfen nach wie vor gegen links, gegen Weimar, gegen Versailles und gegen die Bolschewisierung unseres deutschen Vaterlandes. Die Frage sei nur, wer sich an diesem Kampf beteilige. Als der Abgeordnete auf die Dawes- und Younganleihe zu sprechen kam, ertönte aus der Versammlung ein vielstimmiges Oho, das den Redner veranlaßte, mit erhobener Stimme zu rufen, die Deutschnationalen hätten stets gegen den Dawesplan gestanden und seit jener Zeit sei eine Strukturwandlung innerhalb der DNVP. vor sich gegangen, wie sie jetzt den Nationalsozialisten bevorstände. Man dürfe nicht vergessen, daß es bei Tausenden und Abertausenden guter Deutscher zur Zeit der Wunsch sei, über den Parteihader hinaus die Idee von Harzburg verwirklichen zu können. Die Sorge dieser Tausende gehe auch dahin, daß die NSDAP. sich in ihren Grundanschauungen gewandelt habe. Weite Kreise des Volkes seien auch in Sorge darüber, daß die Nationalsozialisten auf der Straße gegen den roten Mordterror auftreten, während im Landtag die NSDAP. mit den Kommunisten stimme. Sehr erregt wandte sich dann der Redner gegen die verschiedentlich in der nationalsozialistischen Presse aufgetretene Aeußerung, daß die Deutschnationalen am 9. November 1918 in den Mauselöchern gesessen seien. „Haben Sie denn", so erklärte der Redner mit erhobener Stimme, „kein Gefühl dafür, wie Sie Männer beleidigen, die 1918 an der Front standen? Wissen Sie nichts von dem Niederwerfen des roten Terrors an der Ruhr und von den Kämpfen in Oberschlesien? Ich bin überzeugt, daß damals auch viele in den Reihen der Kämpfer gestanden haben, die heute Nationalsozialisten sind; aber man kommt doch nicht daran vorbei, daß z. B. Mitteldeutschland von dem von Ihnen sehr übel behandelten Herrn Düsterberg gerettet worden ist." In seinen weiteren Ausführungen verteidigte der Abgeordnete Schmitt dann die Politik Hugenbergs.

Nach minutenlangen Beifallsrufen und nachdem die Kapelle das Flaggenlied gespielt hatte, sprach Abgeordneter **Goebbels**. Die NSDAP. habe die Absicht, das ganze Volk zu gewinnen. Auch die NSDAP. habe eine Strukturwandlung wie die Deutschnationale Partei durchgemacht, aber sie habe sich oft von Menschen, nie aber von der Sache getrennt. Die Nationalsozialisten unterstützten solche kommunistischen Anträge, von denen sie die Ueberzeugung haben, daß sie gut sind. Als dann Dr. Goebbels ausführte, daß die Nationalsozialisten mit dem Zentrum verhandelt hätten, um die Rechte des Volkes gegen die Regierung zu verteidigen, wurde er von dem aufsichtsführenden Polizeioffizier unterbrochen. Ueber den Unterschied zwischen seiner und der Deutschnationalen Volkspartei führte er aus, der Nationalsozialismus werde keine Regierung unterstützen, die solche Verordnungen erläßt. Zu den Wahlen vom 6. November äußerte sich Dr. Goebbels, daß der Bolschewismus mindestens um 1,5 bis 2 Millionen steigen würde. Nur wenn eine wirkliche Volksbewegung ans Ruder käme, könne dem Bolschewismus Einhalt geboten werden. Nach einer sehr scharfen Polemik gegen Papen schloß Dr. Goebbels seine Ausführungen unter dem tosenden Beifall der Versammlung mit dem Satz: Wir glauben an unsere Sache und sind so unduldsam wie alle wahrhaft Gläubigen. Auch er müsse sich gegen jeglichen Bruderkampf der nationalen Parteien wenden. Aber nur eine Partei könne die Führung haben, und das sei die Nationalsozialistische Partei.

Nach Dr. Goebbels sprach der deutschnationale Abgeordnete **Steuer**, bei dessen Rede es zu heftigen Protestaktionen der Nationalsozialisten kam. Als der Redner erklärte, er sei bereit, seine Soldatenstammrolle und die seines Freundes Schmitt-Hannover auf den Tisch zu legen und dann den Abgeordneten Goebbels zu bitten, die seine daneben zu legen, erhob sich ein ungeheurer Proteststurm. Nach minutenlangem Lärm stimmten die Nationalsozialisten das Horst-Wessel-Lied an, während die Stahlhelmkapelle das Deutschlandlied anstimmte. Beim Ertönen der ersten Klänge des Deutschlandsliedes stellten die Nationalsozialisten den Lärm ein, und sangen die erste Strophe des Liedes mit erhobenem Arm. Jedoch nach dem Gesang setzte der Lärm von neuem ein. Erst auf die Mahnung Dr. Goebbels, sich durch keine Provokation zu weiteren Unruhen verleiten zu lassen, wurde es einigermaßen ruhig und der Abgeordnete Steuer konnte seine Ausführungen fortsetzen. Er stellte fest, er habe Dr. Goebbels nicht daraus einen Vorwurf machen wollen, daß er aus Gründen, die niemand anfechte, nicht im Felde gewesen sei, sondern darüber, daß er die Redensart von den Mäuselöchern immer verallgemeinert habe. Der Redner kritisierte die Koalitionsverhandlungen der Nationalsozialisten mit dem Zentrum, wobei er betonte, die Nationalsozialisten müßten sich doch darüber klar sein, daß das Zentrum nicht verhandle, um sich ihnen zu unterwerfen, sondern um einen Weg zur Renaissance des Weimarer Systems zu finden. Steuer schloß seine Ausführungen mit den Worten, die Deutschnationalen wollten ein Deutschland, das aus allen nationalen Kräften bestehe.

Dr. Goebbels antwortete u. a., der Nationalsozialismus wolle die Ursachen deutscher Revolutionen beseitigen. Hitlers Verdienst sei, daß er die Abwanderung vieler Menschen, die nie zu einer bürgerlichen Partei gegangen seien, aus der nationalen Bewegung verhindert habe. Als Dr. Goebbels geendet hatte, stimmten die Nationalsozialisten das Horst-Wessel-Lied an. Nachdem der Versammlungsleiter dem Abgeordneten Schmitt-Hannover das Schlußwort erteilt hatte, setzten wiederum im Saal lauter Lärm und laute Heilrufe ein, so daß der Redner sich nicht verständlich machen konnte. Dr. Goebbels betrat noch einmal das Rednerpult und erklärte, seine Anhänger **würden sich das Schlußwort nur dann ruhig mit anhören, wenn die Ausführungen nicht dazu benutzt würden, aufs Neue gegen die Nationalsozialisten zu hetzen.** Stadtrat Steinhoff ersuchte wiederholt, Dr. Goebbels das Wort zu entziehen, was jedesmal aus der Versammlung heraus mit lauten Protestrufen beantwortet wurde. Schließlich trat so weit Ruhe ein, daß Schmitt-Hannover noch einmal sprechen konnte. Er bedauere, so führte der Redner u. a. aus, daß Dr. Goebbels nicht auf alle seine Fragen geantwortet habe. Ferner müsse er sein Bedauern darüber aussprechen, daß Dr. Goebbels mit keinem Wort darauf eingegangen sei, daß auch in den Reihen der Nationalsozialisten viele den Dawesplan begrüßt hätten. Bei diesen Worten setzte von neuem ein erregter Proteststurm ein, so daß die weiteren Ausführungen des Redners in dem allgemeinen Tumult untergingen. Als Stadtrat Steinhoff mit der Polizei drohte, war es mit der Ruhe vollkommen vorbei. Um Zwischenfälle zu vermeiden, spielte die Kapelle das Lied „O Deutschland hoch in Ehren", das von allen Versammlungsteilnehmern mitgesungen wurde. Die Versammlung wurde darauf geschlossen. Dr. Goebbels verließ unter den Heilrufen seiner Anhänger den Saal.

Einschneidende Sparmaßnahmen in Oesterreich

Wien, 20. Okt. Wie die Blätter melden, sieht der Haushaltsplan für 1932 trotz nachdrücklichsten Einwendungen des Unterrichtsministers außerordentlich einschneidende **Sparmaßnahmen im Bildungswesen** vor. Außer dem **Abbau von etwa 150 Mittelschulen und Entlassungen zahlreicher Lehrkräfte** soll vom Finanzminister die **Aufhebung der medizinischen Fakultät in Innsbruck, der philosophischen in Graz und der evangelisch-theologischen Fakultät in Wien** vorgeschlagen worden sein.

Die gesamte Presse nimmt gegen diese Pläne in schärfster Weise Stellung und bezeichnet sie als eine Versündigung an der kulturellen Vergangenheit Oesterreichs. Die höchste Erregung herrscht aber in evangelischen Kreisen darüber, daß, wie zuverlässig verlautet, **über die Aufhebung der evangelisch-theologischen Fakultät an der Universität Wien bereits Beschluß gefaßt worden sei (!).** Der Dekan dieser Fakultät hat der Regierung eine Denkschrift übersandt, in der darauf hingewiesen wird, daß die Wiener evangelisch-theologische Fakultät **die einzige deutsche evangelisch-theologische Bildungsstätte für das gesamte Deutschtum in Südost- und Osteuropa ist.** Weite Kreise des In- und Auslandes halten die Auflösung als eine Verletzung der den Evangelischen zugesagten Gleichberechtigung.

Japan lehnt Hoovers Abrüstungsvorschlag endgültig ab

T.U. **Tokio**, 20. Okt. Amtlich wird mitgeteilt, daß das Außen- und das Marineministerium nach gemeinsamen Beratungen beschlossen haben, den Vorschlag des Präsidenten Hoover zur Verminderung der Seestreitkräfte um ein Drittel unter allen Umständen abzulehnen und zwar im Interesse der japanischen Landesverteidigung.

Hitler antwortet Papen

Im „Völkischen Beobachter" antwortet Hitler auf die Rede, die Reichskanzler v. Papen in München gehalten hat. Als Gedankengang Hitlers kommt zum Ausdruck, daß der nationalsozialistische Glaube der Glaube an das deutsche Volk und an die deutsche Leistung sei. Das wirtschaftliche Denken sei der Tod jedes völkischen Idealismus. Das wirtschaftliche Denken erziehe zum Egoismus und nur das völkisch-politische zum Idealismus. Von Papens Arbeitsprogramm züchte neuen Klassenhaß. Die nationalsozialistische Arbeitsdienstpflicht überwinde die Klassengegensätze. Die deutsche Not werde durch keine Verfassungsreform überwunden werden. Zu den Vorgängen in Berlin erklärt Hitler, er könne Herrn v. Papen deutlich sagen: **Entweder wir sollen in** die Regierung, dann fordern wir die Führung, oder wir **erhalten die Führung nicht**, dann muß man auch in einer Regierung auf uns verzichten. Hitler weist die Behauptung zurück, daß er die ganze Macht allein gefordert hätte. Weil eine Reihe der wichtigsten Ministerien zumindest im Augenblick vom Reichspräsidenten den Nationalsozialisten verweigert würde, hätte Hitler umsomehr die Forderung stellen müssen, daß dann die Stelle des Reichskanzlers der NSDAP. zufalle. Zu Papens Außenpolitik erklärt Hitler, die innere nationale Erhebung müsse die **Voraussetzung** für eine andere äußere Politik schaffen. Diese Erhebung könne nicht von den bisherigen bürgerlichen oder marxistischen Parteien ihren Ausgang nehmen. Voraussetzung der deutschen Gleichberechtigung sei die Wiederherstellung der Verteidigungsfreiheit Deutschlands. Unter keinen Umständen dürfte mit einem eigenen Aufrüstungsprogramm vor die Welt oder die Abrüstungskonferenz getreten werden. Es hätte genügt, den Willen Frankreichs, nicht abzurüsten, vor der ganzen Welt eindeutig klarzustellen, um dann die Konferenz mit dem Bemerken zu verlassen, daß der Friedensvertrag von Versailles von den Signatarmächten selbst verlassen sei und Deutschland sich die entsprechenden Konsequenzen vorbehalten müsse. Für die Zukunft Deutschlands sei ein vertrauensvolles Verhältnis zu England wichtig. Bündnismöglichkeiten, vor allem mit Italien, seien verpaßt worden.

In Hitlers Antwort heißt es ferner, die Auffassung eines Gottesgnadentums sei seit den Monarchien in Deutschland schon überlebt und nicht mehr aufrecht zu erhalten gewesen. Dies sei aber in der heutigen Zeit einfach absurd. Herr von Papen spreche von einer grundsätzlichen neuen Staatsführung. Die Zukunft der deutschen Nation oder der deutschen Wirtschaft sei nicht von einer neuen Verfassung abhängig, sondern von der Wiedergewinnung einer für das staatliche Leben geeigneten einheitlichen weltanschaulichen Auffassung.

Der englische Handelsminister über die Frage der Devisenausfuhrbeschränkungen

T.U. **London**, 20. Okt. Im Unterhaus kamen am Donnerstag die in verschiedenen Staaten bestehenden Devisenausfuhrbeschränkungen zur Sprache. Es wurde die Frage gestellt, welche Schritte die englische Regierung unternehmen wolle, um die aus Europa stammenden fälligen Handelsschulden an englische Gläubiger baldigst flüssig zu machen. Handelsminister Runciman erklärte, die einzige Möglichkeit zur Beseitigung der Schwierigkeiten sei die Wiederherstellung der allgemeinen Wohlfahrt. Die englische Regierung bemühe sich, eine Milderung der Devisenkontrolle herbeizuführen, soweit dies mit der wirtschaftlichen Lage der betroffenen Staaten vereinbar sei. Ferner arbeite die englische Regierung darauf hin, daß die englischen Gläubiger nicht ungünstiger behandelt würden als diejenigen anderer Länder. Schließlich sei man bemüht, Maßnahmen herbeizuführen, die den englischen Gläubigern zugute kämen, ohne der englischen Industrie im allgemeinen zu schaden.

Die Mandschurei beansprucht die mongolische Jehol-Provinz?

T.U. **Schanghai**, 20. Okt. Der japanische Gesandte in China, Arioschi, gab in einer Presseunterredung die aufsehenerregende Erklärung ab, daß die mongolische Provinz Jehol zum Mandschurei-Staat gehören und von der chinesischen Republik abgetrennt werden müsse. Im übrigen erklärte er, daß Japan und China sich auf dem Wege zu einer Verständigung befänden. Diese Erklärung hat in Nanking größte Entrüstung hervorgerufen.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.)

48)

Endlich das Band, das seinen Namen von dem großen Rugy hatte! Rechts hinüber, Schritt um Schritt in tiefem Schnee, der weich und unberührt knietief lag.

Nun fand Kerkhoff Sprache und Humor wieder. Das machte der Sieg, den sie schon in der Tasche hatten.

„Hier sieht man nicht auf Schritt und Tritt Spuren und Nagelkratzer!" lachte er dem Gefährten zu.

„Die Triglav-Nordwand ist nix für das große Heer der Spaziergänger . . ." nickte der zurück.

Noch ein paar Seillängen, noch ein senkrechter Pfeiler — dann standen sie in letztem verklärendem Sonnenlicht auf zurückspringendem sicheren Boden. Der Weg zur schützenden Hütte war frei.

Ihre Hände verkrampften sich ineinander, in frohem Aufjauchzen entrang es sich ihrer Brust: „Gott sei es gedankt!"

Tief, tief unten aber brach Toni Geislinger mit einem hellen Freudenschrei in die Knie.

XXX.

Nein, so ging es nicht weiter. Ursula fühlte, wie sie abglitt in einen Zustand gefährlicher Schwermut und Selbstkritik. Wenn Eberhard den Weg nicht mehr zu ihr fand, wenn er sie seine Verachtung spüren ließ, wollte sie ihr Los mit Ergebung tragen, aber sie durfte sich nicht selbst verlieren.

Ihre Mutter drang täglich in sie: „Mädel, du gefällst mir nicht. Nimm dir die Geschichte nicht zu Herzen; glaube mir: Die Männer sind keine einzige Träne wert!"

Und der Vater: „So schnür doch endlich das Ränzel und steig auf die Berge! Dann wird dir freier um's Herz."

Hatten ihre Eltern vorher Sorge, die Naturschwärmerin auf ein paar Tage ihrer Ferien ins Haus zu lotsen, so gaben sie sich jetzt alle erdenkliche Mühe, sie in ihrem eigenen Interesse hinauszutreiben in die Arme der Wälder und Almen, der Täler und Schluchten.

Schließlich, als sich die schlimmsten Befürchtungen erfüllten und Kerkhoff all die Tage nichts von sich hören ließ, war Ursula selber einsichtsvoll genug, die nutz- und zwecklose Resignation über Bord zu werfen.

Ihre Liebe? — Ein schöner Traum. Vorbei, erloschen im ersten Aufblühen, und deshalb vielleicht unvergeßlich . . .

„Gut, ich gehe!" stimmte Ursula den Bitten und Bestürmungen ihrer Eltern bei. Jetzt, am zeitigen Vormittag, standen ihr die Berge der Heimat noch nah. Sie brauchte nur den Bergstock zu nehmen und sich von Sepp nach Maxhütte oder Staudach oder Marquartstein fahren zu lassen.

Schon stand sie auf dem Trittbrett des Wagens, die Davoser Mütze zerknüllt in der einen, den Stock in der andern Hand, als vom Garten her eine Männerstimme aufgeregt nach ihr rief.

„Fräulein Ursel! Fräulein Ursula — so kommen Sie doch schnell mal her! Hochinteressante Neuigkeit!"

Ach, der kleine, fidele Rheinländer, der seit acht Tagen zur Nachkur im Sanatorium zu Gaste war. Dem mußte man schon den Gefallen tun. Der hielt so große Stücke auf „den blonden Schutzgeist des Hauses".

Ursula sprang schnell zum Gartenzaun.

„Was gibt's denn?" fragte sie, sich zu Interesse und Teilnahme zwingend.

Der junge Mensch schwenkte ein Lokalblättchen aus der näheren Umgegend wie eine Fahne in der erhobenen Hand, gebärdete sich wie ein tanzender Derwisch.

. . . Der hat seinen Kollaps weg! dachte Ursula noch mitleidig, während sie sich schon in eine andere Sphäre gerissen fühlte.

„Lesen Sie!" Diese kategorische Aufforderung war das letzte, was sie hörte, dann versank der Garten, dieser unmögliche Mensch, das ganze Haus in einen tiefen Schacht des Vergessens.

Da stand an auffälliger Stelle, mit gesperrter Ueberschrift:

Besteigung der Triglav-Nordwand durch Eberhard Kerkhoff!

Schon diese paar Worte wuchteten wie Keulenschläge auf die Ahnungslose ein. Sie wirkten aufklärend und betäubend zugleich.

In dem Artikel, der aus der Feder eines zufällig im Aljazhause weilenden Redaktionsmitgliedes der Zeitung stammte, wurde mit viel Begeisterung und Sachkenntnis die Bravourleistung des Feldwieser Sommerbürgers geschildert. Wie sich bei Vergleichen herausgestellt hatte, war die gefürchtete Nordwand außerdem durch die beiden mutigen Bergsteiger in Rekordzeit bezwungen worden!

Hier der Schluß:

> Diese glänzende Leistung muß um so höher bewertet werden, als Herr Kerkhoff erst einige Tage zuvor die Bergung des auf dem Totenkirchl verunglückten Salzburgers Vidor durchführte.

Der Rheinländer hielt das Schweigen nicht länger aus, die Zunge ging mit ihm durch.

„Sie müssen nämlich wissen, Fräulein Ursula, daß ich im vorigen Jahr auch den Versuch wagte, die Nordwand zu ersteigen."

„Vorbeigeglückt?" fragte Ursula, ohne jedes Interesse für die Bergerlebnisse dieses mitteilsamen Menschen.

„Leider! Kolossale Plattenwand, müssen Sie wissen! Ich habe mich abgefeilt und war froh, wieder soliden Boden unter den Füßen zu haben. War aussichtslose Sache damals, müssen Sie wissen, weil ein Wettersturz im Anzug — —"

„Ja, ja, kann ich mir denken!" rief ihm Ursula noch zu, dann flüchtete sie in den Wagen, der sogleich mit ihr davonfuhr.

„Den wär ich los!" atmete sie auf, sich mit einer ihrer hübschen Gesten das Haar aus der Stirn streichend. „Müssen Sie wissen . . ." gellte es ihr noch eine ganze Weile in den Ohren.

Aber dann wirkte die Zeitungsmeldung.

„Deswegen also hat er keine Zeit für mich!" schluckte Ursula. Ihr Blick verdunkelte sich. Ein Wort von Eberhard —wie gern wäre sie mit ins Vratatal gefahren! Statt dessen zog er allein los.

Es kostete Mühe, die Tränen zurückzudämmen.

„So sieht seine Liebe aus!" seufzte das blonde Mädel und dachte nicht daran, daß es selber ein gerüttelt Maß Schuld an dieser „Auseinander-Orientierung" trug.

Die einseitige Unterhaltung ging weiter.

„Eberhand weiß ganz genau, daß ich scharf auf solche Kletterwände bin! In diesem Falle um so mehr, da ich nichts von meinem diesjährigen Urlaub hatte . . ."

Schneller, als gedacht, waren sie an der Maxhütte, Sepp stand am Wagenschlag. Ursula bestellte ihn für fünf Uhr nachmittags.

„Da haben wir den Salzburger Zug," wandte Gasteiger ein.

„Dann halb sechs. Auf die Minute kommt es nicht an."

Sepp legte die Finger an den Mützenrand.

„Bergheil, gnädiges Fräulein!"

„Heil!"

Sepp schaltete mechanisch Gang und Kupplung ein. Mit den Augen war er noch für zwei Sekunden bei der Tochter seines Brotgebers.

„Hier stimmt was net!" Mit dieser sensationellen Feststellung wendete er und fuhr in unvorschriftsmäßigem Tempo die Straße hinab.

Ursula wußte: Es brachte ihr keine Beruhigung, wenn sie auf den Hochfelln stieg. Und doch mußte sie hinauf, einem inneren Zwange folgend.

Die Schwarzache schäumte, der Wald grünte, wisperte und raunte, Rotwild zog vertraut vorüber — alles wie immer, stellte die einsame Wanderin fest, nur sie selbst hatte sich verändert. Sie sah die Schönheit der Natur wie durch einen Schleier.

Warum? Weil ihr seelisches Gleichgewicht gestört war. Mit den Sinnen weilte sie im Vratatal. Diese Nordwandbesteigung war gewiß nichts für Frauen, aber wäre es nicht eine Freude gewesen, wenigstens in der Nähe sein zu dürfen?

„Ich hätte Aufnahmen machen können, wundervolle Aufnahmen . . ." gestand sie sich bedauernd. Um ihren Mund zuckte Bitternis.

(Fortsetzung folgt.)